

Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 14.09.2017 - öffentlicher Teil

Datum: 14.09.2017

Zeit: 17:00 Uhr –17:56 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB
Frau Susan Jahr	SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU
Herr Volkhard Maaß	CDU
Herr Andreas Meyer	CDU

Fraktion DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	ab 17:02 Uhr
------------------	-----	--------------

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM	ab 17:02 Uhr
-------------------------	------------	--------------

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Kuschel	DIE LINKE
-------------------	-----------

Verwaltung

Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Michael Steffen	Leiter Jobcenter
Herr Marko Ulrich	Amtsleiter Sozialamt
Frau Sandra Janz	Sachgebietsleiterin Sozialhilfe

Schriftführerin

Frau Michaela Felgener Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:**Landrat**

Herr Dietmar Schulze Landrat entschuldigt

SPD/BVB-Fraktion

Frau Astrid Hirschfelder SPD/BVB
Herr Sebastian Tattenberg SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Manfred Suhr CDU

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt BLR entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Frau Eva-Maria Meister CDU
Herr Martin Schmidt SPD/BVB

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Poppe begrüßt den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung, die Mitglieder des ASGA sowie den Mitarbeiter der Presse.

Herr Poppe teilt mit, dass 7 Ausschussmitglieder anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Poppe stellt fest, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Poppe merkt an, dass keine Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliegen.

Er schlägt vor, den TOP 15 – BR/769/2017 als TOP 9 zu behandeln, um die folgenden Tagesordnungspunkte, aufgrund des vorliegenden Sachzusammenhanges gemeinsam beraten zu können.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der so geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 18.05.2017 - öffentlicher Teil
213/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Fallmanagement im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes
BR/754/2017
9. Bericht 1. Halbjahr 2017 und BuT-Berichterstattung
BR/769/2017
10. Informationen des Jobcenters Uckermark zur Umsetzung des ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
BR/758/2017
11. Informationen zu ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH)
BR/759/2017
12. Informationen zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte - "MOVE"
BR/760/2017
13. Informationen zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen "BaE 2017/2018 - integratives Modell -"
BR/761/2017
14. Informationen zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen "BaE 2017/2018 - kooperatives Modell -"
BR/762/2017
15. Informationen des Jobcenters Uckermark zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen im Landkreis Uckermark
BR/763/2017

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 18.05.2017 - öffentlicher Teil
Vorlage: 213/2017

Herr Regler und Herr Dr. Schwill nehmen ab 17:02 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Poppe stellt fest, dass in der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 18.05.2017 – öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift somit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Poppe weist darauf hin, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Poppe merkt an, dass keine Einwohneranfragen bestehen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Poppe informiert, dass keine Anfragen gestellt wurden.

zu TOP 7: Anträge

Herr Poppe teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Fallmanagement im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes

Vorlage: BR/754/2017

Frau Janz informiert über das künftig rechtlich verpflichtende Fallmanagement im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes anhand eines Power-Point-Vortrages. Dieser ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Herr Regler erkundigt sich, mit wie vielen zusätzlichen Arbeitskräften zu rechnen ist, welche Berufsausbildung bzw. welchen Berufsabschluss diese Arbeitskräfte besitzen sollten und ob es schon eine Terminschiene zur Umsetzung der Aufgaben gibt.

Herr Ulrich antwortet, dass grundsätzlich natürlich versucht wird, mit den bestehenden Personalressourcen die entsprechenden Qualifikationsanforderungen sicher zu stellen. Hierfür wurden bereits in der Vergangenheit Mitarbeiter des Sozialamtes im sozialpädagogischen Bereich geschult. Dies wird weiterhin forciert. Die Terminschiene sieht gegenwärtig so aus, dass Ende November 2017 mit den ersten Schulungen begonnen wird. Zum Umfang des möglichen zusätzlichen Bedarfs an Personal finden momentan intern intensive Gespräche mit dem Personal- und Serviceamt statt. Eine diesbezügliche abschließende Lösung liegt derzeit nicht vor. Ziel ist es, für den Kreistag im Dezember 2017 eine konkrete Vorlage vorzubereiten.

Herr Banditt führt aus, dass aus seiner Sicht eine medizinische, sozialpädagogische und auch psychologische Ausbildung vorhanden sein muss. Und fragt nach, ob dem so ist.

Frau Janz gibt an, dass medizinische Kenntnisse als Fallmanager nicht vorhanden sein müssen. In schwierig zu beurteilenden Fällen kann Hilfe z.B. beim Gesundheitsamt eingeholt werden. Ein sozialpädagogischer Hintergrund wird zukünftig von Vorteil sein.

Für die Umsetzung des Fallmanagements wird zukünftig eine gute Mischung aus Mitarbeitern mit verwaltungstechnischem und sozialpädagogischem Hintergrund benötigt.

Herr Poppe erkundigt sich, ob es bereits konkrete Vorstellungen gibt, wie dieses komplexe Thema, gerade vor dem Hintergrund der Personalsituation, umgesetzt werden kann.

Herr Ulrich informiert, dass es seitens des Fachamtes durchaus konkrete Vorstellungen, auch hinsichtlich des zusätzlichen Personals, gibt. Aufgrund der unterschiedlichen Fachexpertisen befindet sich das Sozialamt weiterhin im Abstimmungsprozess mit dem Personal- und Serviceamt der Kreisverwaltung.

In der nächsten Beratung des ASGA werden hierzu dann genauere Angaben getätigt.

Herr Regler möchte wissen, wer diese zusätzlichen Aufgaben bzw. das zusätzliche Personal finanziert.

Herr Fillbrunn antwortet, dass es sich hier um gesetzliche Pflichtaufgaben handelt und die Verwaltung somit angehalten ist, diese umzusetzen.

Herr Dr. Schwill äußert sich positiv zur Thematik.

Herr Ulrich weist darauf hin, dass die durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) zusätzlich entstandenen Personalkosten künftig durch eine Kostenerstattung über das Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 03. November 2010 (AG-SGB XII) refinanziert werden könnten. Hierzu laufen derzeit Verhandlungen auf Landes- und Landkreisebene. Herr Ulrich sieht jedoch den Verhandlungsprozess kritisch, da er nicht mit einem zukünftigen auskömmlichen Finanzierungsumfang rechnet.

Frau Janz verlässt um 17:39 Uhr die Sitzung.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 9: Bericht 1. Halbjahr 2017 und BuT-Berichterstattung Vorlage: BR/769/2017

Herr Steffen führt zum vorliegenden Bericht aus und leitet inhaltlich auf die weiteren Berichte erläuternd über.

Herr Banditt lobt ausdrücklich die Arbeit und Initiative des Jobcenters in diesem Bereich.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht des Jobcenters Uckermark für das 1. Halbjahr 2017 sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket (erstes Halbjahr 2017) zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Informationen des Jobcenters Uckermark zur Umsetzung des ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Vorlage: BR/758/2017

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen des Jobcenters Uckermark zur Umsetzung des ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Informationen zu ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH)
Vorlage: BR/759/2017

Herr Poppe schlägt vor, die Berichtsvorlagen BR/759/2017 bis BR/762/2017 aufgrund des inhaltlichen Sachzusammenhanges gemeinsam zu beraten und anschließend einzeln zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Regler möchte wissen, welcher Qualitätsunterschied zwischen dem integrativen und dem kooperativen Modell besteht (BR/761/2017 und BR/762/2017).

Herr Steffen erörtert, dass beim integrativen Modell der Bildungsträger gemeinsam mit dem Oberstufenzentrum die fachliche Ausbildung und die praxisnahe Ausbildung übernimmt (Ausbildungsrichtungen: Verkäufer und Metallfacharbeiter).

Beim kooperativen Modell wurden die Bildungsträger verpflichtet, sich Firmen als Partner zu suchen, bei denen dann die Praxisausbildung stattfindet. Die fachliche Theorieausbildung erfolgt ausschließlich beim Bildungsträger und Oberstufenzentrum.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zu den ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 75 SGB II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II im Landkreis Uckermark zur Kenntnis.“

zu TOP 12: Informationen zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte - "MOVE"
Vorlage: BR/760/2017

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung „MOVE“ für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II im Landkreis Uckermark zur Kenntnis.“

zu TOP 13: Informationen zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen "BaE 2017/2018 - integratives Modell -"
Vorlage: BR/761/2017

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II im Landkreis Uckermark zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Informationen zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen "BaE 2017/2018 - kooperatives Modell -"
Vorlage: BR/762/2017

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II im Landkreis Uckermark zur Kenntnis.“

zu TOP 15: Informationen des Jobcenters Uckermark zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen im Landkreis Uckermark

Vorlage: BR/763/2017

Herr Steffen berichtet vor dem Hintergrund der gegenwärtig intensiv geführten politischen Debatte um die flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen über die Herangehensweise des Jobcenters Uckermark zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Jugendamt. Gleichzeitig informiert er über die eigentliche Zielstellung des im Koalitionsvertrag von 2013 festgeschriebenen Ausbaus der sogenannten Jugendberufsagenturen.

Trotz aller Bemühungen liegt die Jugendarbeitslosigkeit im U-25-Bereich in der Uckermark derzeit bei 13 % (das sind 535 Jugendliche im letzten Monat). Dies ist auch vor dem Hintergrund der wachsenden Fachkräftebedarfe nicht zufriedenstellend. Von den 535 Jugendlichen, die durch das Jobcenter betreut werden, sind über 100 Jugendliche mit Flüchtlings-/Migrationshintergrund.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen im Landkreis Uckermark zur Kenntnis.“

zur Kenntnis genommen:

gez. Heiko Poppe
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Michaela Felgener
Schriftführerin